

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 2. Oktober 1969

Nummer 40

Förderung und Außenhandel Mitteldeutschlands in mineralischen Energieträgern und Rohstoffen

Die DDR, obwohl gebietsmäßig klein, gehört zu den wichtigeren Bergbauländern der Erde. Obwohl sie nur 0,08 vH der festen Erdoberfläche einnimmt, machte die Bergbauleistung, nach Einheitspreisen umgerechnet, im Jahre 1967 0,8 vH des Weltbergbauwertes aus¹. In der Förderung von Braunkohle liegt sie an der ersten Stelle in der Weltstatistik, aber auch die Förderung von Kalisalz ist mit einem Anteil von 14 vH an der Weltproduktion von weit überregionaler Bedeutung. Andererseits bedarf das verhältnismäßig hoch industrialisierte Gebiet einer beträchtlichen Einfuhr von mineralischen Energieträgern und Rohstoffen, zumal Erdöl vollständig zu fehlen scheint und in den beiden anderen wichtigen Rohstoffen, Steinkohle und Eisenerz, der eigene Boden nur einen ganz unbedeutenden Anteil zum Verbrauch beizutragen vermag.

Die Beurteilung der Leistung des mitteldeutschen Bergbaus bereitet aber erhebliche Schwierigkeiten, da die Statistik recht unvollständig ist. Auf so wichtigen Gebieten wie dem der Förderung von Erzen, mit Ausnahme von Eisenerz, und von Industrierohstoffen ist man auf Schätzungen angewiesen. Sie werden in der Zahlentafel auf Veröffentlichungen des US Bureau of Mines gestützt. Diese versagen allerdings völlig auf dem bis vor kurzem so wichtigen Gebiet der Förderung von Uranerzen, für die niemals irgendwelche Ziffern angegeben worden sind; wahrscheinlich ist dieser nach dem Kriege mit großer Energie und einer erheblichen Mengenleistung betriebene Bergbau bis auf verhältnismäßig geringfügige Reste zurückgegangen.

Eine weitere Unsicherheit muß bei der Beurteilung der in der Tabelle wiedergegebenen Förder-

ziffern berücksichtigt werden: In zentralgeplanten Volkswirtschaften gelten andere Wirtschaftlichkeitsmaßstäbe als in westlichen Ländern. Dem Gesichtspunkt der Eigenversorgung wird dort in vielen Fällen ein größeres Gewicht gegeben als dem im Bergbau der westlichen Länder geltenden Prinzip der Rentabilität, das auch für die Behauptung im internationalen Wettbewerb von entscheidender Bedeutung ist. Die mitteldeutsche Industrie muß deshalb höhere Preise bei einigen wichtigen Rohstoffen, namentlich bei Steinkohle, Kupfer und anderen Metallen, hinnehmen, soweit diese vom eigenen Bergbau geliefert und nicht durch staatliche Subventionen verbilligt werden. Auch im

1 Wochenbericht des DIW 1969, Nr. 32.

Die Bergbauförderung Mitteldeutschlands

Mineral	Einheit	1938 ¹⁾	1950	1960	1967	1968
Steinkohle . . .	1 000 t	3 513	2 805	2 720	2 789	2 700
Braunkohle . . .	1 Mill. t	110	137	225	242	247
Erdöl	1 000 t	gering	3 ×)	3 ×)	.	.
Silber ×) ²⁾	t	100	100	149	150	150
Kupfer ×) ²⁾	1 000 t	22	8	19	20	20
Blei ×) ²⁾	1 000 t	einige	2,5	7	11	12
Zinn ×) ²⁾	1 000 t	einige	3	7	12	12
Zinn ×) ²⁾	t	einige	200	780	1 000	1 000
Nickel ×)	t	—	—	100	.	.
Eisenerz	1 000 t	300	400	1 642	1 680	1 414
Wolframerz	t	einige	einige	.	.	.
Uran (U ₃ O ₈)	1 000 t	—	einige	.	.	.
Schwefelkies ×)	1 000 t	100	100	134	129	140
Flußpat ×)	1 000 t	100	40	75	80	80
Schwerspat ×)	1 000 t	30	30	30	30	30
Stein- u. Kochsalz	1 000 t	2 000	1 500	1 785	200 ×)	2 000 ×)
Kalisalz (K ₂ O)	1 000 t	1 200	1 251	1 670	2 206	2 293

×) Geschätzt. — ¹⁾ Auf dem heutigen Gebiet der DDR. — ²⁾ Metallinhalt der Erzförderung.

Außenhandel, der sich sehr stark auf die RGW-Partnerländer konzentriert, richten sich die Preise sowohl in der Ausfuhr als auch in der Einfuhr nicht primär nach dem Grundsatz der Kostendeckung. Sie werden vielmehr zwischen den Handelspartnern in Anlehnung an (westliche) Weltmarktpreise festgesetzt. Im Einzelfall dürfte dabei der wirtschaftlich stärkere Handelspartner den Ausschlag geben.

Die Vernachlässigung wirtschaftlicher Maßstäbe mag dazu beitragen, daß der mitteldeutsche Bergbau, soweit man es von außen zu erkennen vermag, weniger produktiv arbeitet als etwa der Bergbau der benachbarten Bundesrepublik Deutschland. Die im Statistischen Jahrbuch der DDR für 1968 angegebenen Beschäftigtenzahlen in einzelnen Bergbauzweigen geben eine gewisse Vergleichsmöglichkeit der Produktivität in beiden deutschen Landesteilen. Da die Zahl der Arbeitstage und die Dauer der Arbeitszeit nicht übereinstimmen, läßt der Vergleich der Jahresleistung je Beschäftigten den Unterschied der Schichtleistungen nicht zuverlässig erkennen; unterschiedliche geologische Bedingungen, aber auch andere Abgrenzungen der in Nebenbetrieben Beschäftigten beeinträchtigen die Ergebnisse dieses Vergleiches ebenfalls. Immerhin sind die Produktivitätsunterschiede in den Bergbauzweigen, für die eine derartige Berechnung möglich ist, so erheblich, daß das angedeutete Urteil verantwortet werden kann.

Auf dem Gebiet des *Steinkohlenbergbaus* weichen die Gesamtmengen der Förderung in der Bundesrepublik und der DDR sehr stark voneinander ab; die geologischen Verhältnisse und der Zustand der Anlagen des recht bescheidenen mitteldeutschen Steinkohlenbergbaus unterscheiden sich von den Voraussetzungen des Steinkohlenbergbaus der Bundesrepublik gleichfalls sehr erheblich. Wenn daher die jährliche Förderleistung je Beschäftigten nach dieser Berechnung in der Bundesrepublik fast das Zweieinhalbfache des in Mitteldeutschland erzielten Ergebnisses beträgt, so haben diese Faktoren gewiß eine ausschlaggebende Bedeutung. Für den Produktivitätsvergleich im *Kali-bergbau* gelten derartige Vorbehalte jedoch nicht. Hier sind die Voraussetzungen in beiden deutschen Landesteilen geologisch und technisch recht ähnlich; dennoch ergibt sich in diesem Bereich ein ebenso großer Produktivitätsabstand. Der mitteldeutsche *Braunkohlenbergbau* ist in der Nachkriegszeit großzügig mit Investitionsmitteln ausgestattet worden. Er dürfte in technischer Hinsicht keinesfalls hinter dem westdeutschen zurückstehen. Um so bemerkenswerter ist es, daß die Jahresleistung je Beschäftigten in Mitteldeutschland um etwa 40 vH gegenüber der Bundesrepublik zurückliegt. Dieser Rückstand würde auch dann noch erheblich bleiben, wenn es gelänge, die auf die Fördermenge des Braunkohlenbergbaus bezogene Beschäftigtenproduktivität voll vergleichbar zu berechnen, d. h. die mitteldeutsche Beschäftigtenziffer um die in den Kokereien Beschäftigten zu bereinigen — derartige

Außenhandel Mitteldeutschlands mit mineralischen Energieträgern und Rohstoffen nach Bestimmungs- und Herkunftsländern im Jahre 1967
in 1000 t

Ausfuhr			
Braunkohlenbriketts, ges.	3 948	Kalisalz, ges.	1 540
BRD	1 957	Polen	469
CSSR	709	CSSR	353
Ungarn	525	Großbritannien	138
Österreich	320	Indien	96
Polen	228	Ungarn	76
Dänemark	105	Österreich	72
Stein- u. Siedesalz, ges.	717	Flußspat, ges.	56
CSSR	537	Polen	12
Finnland	76		
Einfuhr			
Steinkohle, ges.	8 274	Hüttenzink, ges.	41,2
UdSSR	5 035	UdSSR	1) 37,5
Polen	2 075	Eisenerz, effektiv, ges.	3 100
CSSR	875	UdSSR	2 565
Koks, ges.	2 879	Italien	109
UdSSR	1 256	Schweden	94
Polen	894	Manganerz, ges.	76
CSSR	643	(Mn-Inhalt)	
Braunkohle, ges.	3 732	UdSSR	60
Polen	1) 3 706	Rumänien	16
Rohöl, ges.	6 640	Chromerz (Cr ₂ O ₃), ges.	36
UdSSR	5 835	UdSSR	22
VAR	97	Schwefelkies, ges.	109
Hüttenkupfer ges.	2)	(S-Inhalt)	
UdSSR	1) 41,6	UdSSR	109
Hüttenblei, ges.	43,8	Bauxit, ges.	319
UdSSR	1) 41,6	Ungarn	223
		Jugoslawien	87

1) Partnerlandangaben. — 2) Die Gesamteinfuhr entspricht fast vollständig den Bezügen aus der UdSSR.

Betriebszweige existieren in der Bundesrepublik nicht.

Die Außenhandelsziffern Mitteldeutschlands in mineralischen Energieträgern und Rohstoffen sind nicht lückenlos. Doch lassen die vorliegenden Zahlen erkennen, daß die Ausfuhr — hauptsächlich Braunkohlenbriketts und Kalisalz — wertmäßig von der Einfuhr, namentlich von Steinkohle, Koks, Rohöl und Erzen, weit übertroffen wird. Dieser Außenhandel konzentriert sich vor allem einseitig auf die anderen RGW-Länder. In der Versorgung mit Steinkohle, Koks, Erdöl und Eisenerz ist Mitteldeutschland so gut wie vollständig auf die Partner im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, und zwar in der Hauptsache auf die Sowjetunion, angewiesen. Während sich die DDR in zunehmendem Maße zum Lieferanten von Maschinen, chemischen Erzeugnissen und dergl. für die anderen kommunistischen Länder entwickelt, ist ihre Abhängigkeit vom Bergbau der anderen Länder, namentlich der Sowjetunion, mit jedem Jahr gewachsen.

Der mitteldeutsche Bergbau ist bis zur Mitte dieses Jahrzehnts wirtschaftspolitisch zweifach begünstigt worden: Als Investor zählte er zu den bevorzugten Wirtschaftsbereichen; eine starke Subventionierung der Erzeugerpreise, insbesondere bei Braunkohle, hat zu einem raschen Anstieg des Absatzes und damit der Fördermöglichkeit verholfen. Die aufgrund dieser Politik herbeigeführten

strukturellen Verzerrungen sind mit der Industriepreisreform und den sich an sie anschließenden Reaktionen der Abnehmer zum Vorschein gekommen. Die Erzeugung hat bei Braunkohle, dem wichtigsten Produkt des mitteldeutschen Bergbaus, ihren Höhepunkt (1965: 251 Mill. t) überschritten.

Als Investor ist 1965 die Chemische Industrie an die erste Stelle der Industriezweige gerückt, ein Rang, den bis dahin eindeutig der Bergbau eingenommen hatte².

² Vergl. Investitionsgüterpreise und Investitionstätigkeit in der mitteldeutschen Industrie. Bearb.: Manfred Melzer, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/1969.

Zur Änderung der Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank

Seit Beginn des Jahres veröffentlicht die Deutsche Bundesbank eine neue monatliche Bilanzstatistik. Wesentliche Änderungen sind erfolgt durch¹

1. die Einbeziehung der Wohnungsbauförderungsanstalten und der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa),
2. die Erweiterung des Berichtskreises im Sektor der Kreditgenossenschaften (Raiffeisen),
3. die Änderung der Bankengruppen (z. B. wurden die Deutsche Girozentrale und die Deutsche Genossenschaftskasse, die bisher zur Gruppe „Kreditinstitute mit Sonderaufgaben“ zählten, der Gruppe Girozentralen bzw. Zentralkassen zugeordnet),
4. die Herausnahme der Bundesbahn, der Bundespost, der Eigen- und Regiebetriebe der Gebietskörperschaften (soweit sie rechtlich selbständig sind), sowie der Kirchen, der karitativen Verbände und Organisationen ohne Erwerbscharakter aus dem öffentlichen Sektor und Zurechnung zum Sektor Unternehmen und Privatpersonen,
5. die Änderung der Fristigkeiten,
6. den Bruttoausweis der Forderungen und Verbindlichkeiten der inländischen Zweigstellen ausländischer Banken gegenüber ihren Zentralen und Schwesterfilialen im Ausland,
7. die Umbuchung von Namensschuldverschreibungen aus dem Wertpapierbestand zu den Darlehen und aus dem Wertpapierumlauf zu den Einlagen und Krediten von Kreditinstituten und Nichtbanken,
8. die Herausnahme der Sparprämien aus dem Geschäftsvolumen.

Diese Umstellung war einmal notwendig geworden, weil im Zuge der Änderung des Aktiengesetzes für die Kreditinstitute ein neues Jahresbilanzschema eingeführt wurde und formelle Unterschiede zwischen diesem und dem bisherigen Schema der monatlichen Zwischenbilanzen vermieden werden sollten. Ferner wurden die Bilanzschemata neu konzipiert, damit die Entwicklung des Geldvolumens² und der das Geldvolumen beeinflussenden Komponenten — wie z. B. Kredite an Nichtbanken — mit Hilfe der konsolidierten Bilanz besser beschrieben werden können³. Schließlich wurden noch eine verbesserte internationale Ver-

gleichbarkeit und eine Anpassung an die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angestrebt. Hierfür zwei Beispiele:

Erstens: Die Fristen für Kredite und Einlagen wurden neu abgegrenzt. In der alten Statistik galt folgende Einteilung:

- „kurzfristig“ = „unter 6 Monate“
„mittelfristig“ = „von 6 Monaten bis unter 4 Jahre“
„langfristig“ = „4 Jahre und darüber“.

In der internationalen Statistik (z. B. in der Zahlungsbilanzstatistik) wurden aber immer häufiger Fristen unter einem Jahr als „kurzfristig“ bezeichnet. Die Bilanzstatistik ist entsprechend geändert worden. Der Begriff „mittelfristig“ wurde durch „über 1 Jahr bis unter 4 Jahre“ neu definiert, „über 4 Jahre“ bedeutet nach wie vor „langfristig“.

Zweitens: Der Sektor „öffentliche Stellen“ der alten Bilanzstatistik wurde — das ist ebenfalls als ein Fortschritt zu werten — in Anlehnung an die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf den Sektor „öffentliche Haushalte“ in der neuen Bilanzstatistik eingeschränkt.

Beide Beispiele lassen aber bereits erkennen, daß für die — durchaus notwendige — Verbesserung dieser Statistik ein hoher Preis gezahlt wurde:

Die Kontinuität der Reihen wurde aufgegeben. Sowohl durch die Änderung der Fristigkeiten als auch durch die Zuordnung bestimmter öffentlicher Institutionen zum Sektor Unternehmen und Privatpersonen ist ein Vergleich der Ergebnisse der neuen Statistik mit den Daten der älteren Statistik nicht mehr ohne weiteres möglich.

Zwar hat die Bundesbank für einige Reihen die Jahreswerte von 1964 bis 1967 und die Monatswerte für 1968 veröffentlicht. Aber eine langfristige Analyse bestimmter Bilanzpositionen (z. B. für den Zeitraum von 1960 bis zur Gegenwart aufgrund von Monats- oder Vierteljahrswerten) bereitet z. T. unüberwindliche Schwierigkeiten, da der Benutzer

¹ Siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 21. Jg., Nr. 4, April 1969, S. 5 ff.

² Definition des Geldvolumens: Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute sowie Verbindlichkeiten des Bankensystems gegenüber inländischen Nichtbanken aus Sichteinlagen (ohne Einlagen der öffentlichen Haushalte bei den Banken) und Termingelder mit einer Befristung von weniger als 3 Monaten.

³ Siehe D. Bratz „Aufbau und Ergebnisse der Bankenstatistik nach der Umstellung zum Jahresende 1968“ in: Kredit und Kapital, 2. Jg., Heft 2, 1969, S. 199 ff.

dieser Statistik nur in sehr wenigen Fällen — etwa bei der Änderung des Geschäftsvolumens durch Berücksichtigung der Sparprämien — die Reihen für die Zeit vor und nach der Änderung der Statistik miteinander kompatibel machen kann. Das gilt besonders für eine Analyse der Institutsgruppen.

Will man trotzdem eine einheitliche langfristige Analyse — wenigstens der relevanten Bilanzpositionen — durchführen, so gibt es zur Vermeidung oder auch nur zur Verminderung jener Schwierigkeiten nur zwei Möglichkeiten:

Entsprechend dem neuen Bilanzschema werden entweder die Monatsdaten für alle Institutsgruppen (z. B. von 1960 an) von der Bundesbank berechnet und — beispielsweise in einem Sonderheft — veröffentlicht, oder

es werden außer den neuen Daten zusätzliche Zahlen ermittelt und veröffentlicht, die es dem Benutzer der Statistik ermöglichen, die Reihen nach dem alten Bilanzschema fortzuführen bzw. Schätzwerte zu ermitteln. Das kann dadurch geschehen, daß bestehende Bilanzpositionen aufgeteilt oder daß Untergruppen dieser Positionen (separiert) ermittelt werden.

Wenn z. B. die Zahlen für die im Sektor „Unternehmen und Privatpersonen“ enthaltenen öffentlichen Unternehmen usw. als Unterposition veröffentlicht werden, so kann der Benutzer je nach Bedarf mit den für einen kurzen Zeitraum verfügbaren Zahlen arbeiten oder durch Zusammenfassung mit dem Sektor „öffentliche Haushalte“ die alte Reihe „öffentliche Stellen“ verlängern. Ebenso kann durch Absonderung der Wohnungsbauförderungsanstalten und der „Öffa“ von den öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten bzw. Kreditinstituten mit Sonderaufgaben eine Verbesserung der Statistik erreicht werden. Eine Aussonderung der Wohnungsbauförderungsanstalten aus den öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten ist allein schon deshalb geboten, weil sich beide Institutsgruppen hinsichtlich ihrer Aktiv- und Passivgeschäfte erheblich unterscheiden. Zwar hat sich die Struktur im Aktivgeschäft — ausgedrückt in vH des Geschäftsvolumens — nur unwesentlich geändert. Man muß aber berücksichtigen, daß die Ausleihungen der Wohnungsbauförderungsgesellschaften fast ausschließlich dem Wohnungsbau zugute

Wichtigste Änderungen in der Bilanzstruktur der öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten in vH des Geschäftsvolumens

	mit Wohnungsbauförderungsanstalten ¹⁾	ohne Wohnungsbauförderungsanstalten ²⁾
Langfristige Ausleihungen an Nichtbanken	77,6	66,9
Inhaberschuldverschreibungen	23,1	41,6
Aufgenommene langfristige Darlehen	43,0	23,1
Durchlaufende Kredite	15,0	22,8

¹⁾ Dezemberwerte. — ²⁾ Novemberwerte.

kommen, während die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten neben dem Wohnungsbau auch den Gemeinden, der Landwirtschaft usw. Kredite gewähren.

Die Strukturänderung der Passivseite rührt einmal daher, daß die Inhaberschuldverschreibungen fast ausschließlich den öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten zugerechnet werden müssen. Die Wohnungsbauförderungsanstalten finanzieren ihr Aktivgeschäft mit aufgenommenen langfristigen Darlehen. Meist sind dies Kredite der öffentlichen Hand zur Förderung des Wohnungsbaus. Die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten beziehen dagegen mehr als die Wohnungsbauförderungsanstalten ihre Finanzierungsmittel vom Kapitalmarkt. Aus ähnlichen Gründen sollte man die Zwischenbilanz der Deutschen Girozentrale und der Deutschen Genossenschaftskasse gesondert ausweisen.

Darüber hinaus kann eine Verbesserung der Statistik durch Veröffentlichung zusätzlicher Zahlen erzielt werden, indem für bestimmte Positionen Stichprobenergebnisse angegeben werden, die die Grundlage für eine Hochrechnung bilden können. Eine derartige Ermittlung von Schätzwerten ist gerade da angebracht, wo eine weitere vollständige Aufgliederung beispielsweise der „Unternehmen und Privatpersonen“ in „Unternehmen“ und „Privatpersonen“ und eine Untergliederung dieser in „wirtschaftlich Selbständige“ und „wirtschaftlich Unselbständige“⁴ mit Hilfe der gegenwärtigen Erhebungsschemata nicht möglich ist.

⁴ Siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 21. Jg., Nr. 4, April 1969, S. 12.